

## **14/09 Interpellation betreffend Auswirkungen der Steuersenkungen 2011**

Frau Präsidentin

Meine Damen und Herren

Wir teilen die Meinung des Gemeinderates, dass es nicht Aufgabe eines Gemeinderates ist, die Interessen von politischen Gruppierungen zu vertreten, sondern die Gemeindeinteressen als Ganzes wahrzunehmen. Die FDP Emmen ist ebenfalls überzeugt, dass der Kanton Luzern mit der Steuergesetzrevision 2011 auf dem richtigen Weg ist. Und so sieht es auch die Bevölkerung der Gemeinde Emmen. An der Abstimmung vom 27. September 2009 hat sie die Steuergesetzrevision 2011 mit 65% deutlich angenommen!

Erstaunt sind wir über die Antwort zu den Entwicklungen der Steuererträge der einzelnen Firmen. Einmal mehr spricht der Gemeinderat davon, dass er regelmässigen Kontakt mit den Firmen der Gemeinde Emmen unterhält. In seiner Antwort stützt er sich jedoch nur auf die Wirtschaftsprognosen von Instituten wie SECO, KOF oder Banken. Wenn der Gemeinderat tatsächlich so guten Kontakt zur Wirtschaft unterhält, so müsste er doch die Auftragslage und Entwicklung dieser Unternehmen kennen und diese in seine Planung miteinbeziehen.

In seiner Antwort schreibt der Gemeinderat unter anderem, dass sich die Ausgaben in der wirtschaftlichen Sozialhilfe mit dem Einsatz einer Sozialversicherungsfachfrau reduzieren lassen, indem diese höhere Einnahmen generiert. Wir sind etwas irritiert. Hat man in der Vergangenheit etwa Geld verschenkt, indem man vielleicht rechtmässige Rückerstattungen nicht oder ungenügend geltend gemacht hat?

In seiner Antwort schreibt der Gemeinderat auch, dass er ausgesteuerte und bedürftige Personen beim Intake für Arbeitsintegrationsprogramme anmeldet. Das ist gut und recht. Aber gerade in der jetzigen Wirtschaftskrise mangelt es doch an freien Stellen. Hier können wir den Optimismus des Gemeinderates nur schwer nachvollziehen.

Letztendlich fordern die Interpellanten den Gemeinderat auf, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Die FDP Fraktion ist klar gegen die Erhöhung von Gebühren oder Abgaben! Dies wäre zudem noch kontraproduktiv, da dadurch dem Bürger weniger Geld zur Verfügung steht und dies sich im Konsumverhalten niederschlägt.

Emmenbrücke, 17. November 2009 büt

Namens der FDP Fraktion

Thomas Bühler